

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus*

Von Peter Rütters

„In ihrer Ablehnung des jüdischen Einflusses, im leidenschaftlichen Kampf gegen den Marxismus und in einer durch und durch sozialen Haltung deckten sich die Grundlagen des Nationalsozialismus mit dem Gesetz, nach dem der DHV angetreten war.“¹ Max Habermann – in der Weimarer Republik einer der maßgebenden Spitzenfunktionäre des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes –, der diese Charakterisierung in seiner unveröffentlichten Geschichte des DHV anbietet², pointierte die Beziehung zwischen beiden Organisationen dahin, dass der DHV, bezogen auf den Nationalsozialismus, „am meisten Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut“³ war. Auch wenn die Kennzeichnung des DHV als deutschnationaler und antisemitischer Angestelltenverband ebenso ohne Einschränkungen zutrifft wie dessen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, bietet das Habermann-Zitat doch keine zufriedenstellende Bewertung für dessen Beziehung zum Nationalsozialismus. Immerhin unterlag auch der DHV nach der ‚Machtergreifung‘ des Nationalsozialismus einer personellen Gleichschaltung, in deren Verlauf langgediente Spitzenfunktionäre des DHV, unter ihnen auch Max Habermann, ihre Funktionen im Verband verloren. Und auch der DHV, obwohl er zunächst als organisatorisches Auffangbecken für alle männlichen kaufmännischen Angestellten im Zuge der Bildung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ab Mai 1933 diente, wurde noch im Sommer 1933 organisatorisch gleichgeschaltet, bis er schließlich 1934/35 spurlos in der DAF aufging.

Die Bewertung der Beziehung zwischen dem Angestelltenverband und dem Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik und in der Phase der

* Der nachfolgende Text ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags auf der Tagung „Die deutschen Gewerkschaften zwischen 1933 und 1945. Kapitulation und Anpassung. Wartestand und Widerstand“, die vom 29.6.–1.7.2007 in der Gedenkstätte Sachsenhausen stattfand.

- 1 Max HABERMANN, *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Februar 1934, S. 65. Es handelt sich bei dieser Darstellung um ein Typoskript, von dem sich eine Fassung (Abschrift) im Archiv des heutigen DHV in Hamburg befindet.
- 2 Habermanns Geschichte des DHV sollte, folgt man dem Duktus des Textes, der Rechtfertigung der Politik des DHV vor dem Nationalsozialismus und seiner, allerdings verweigernden, persönlichen Rehabilitation dienen
- 3 EBD. S. 79. – Die Charakterisierung von Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, Mainz 1967, S. 96, Habermanns „Bildungswille für seinen Verband [war] aber fern von völkischer und nationallistischer Haltung, wie sie manchen Vertretern seiner damaligen Organisation eigen war“, bedarf sicher einer Korrektur.

nationalsozialistischen Machtergreifung variiert in der insgesamt geringen Literatur zum DHV.⁴ Michael Prinz kommt in seiner Angestelltenstudie: „Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen“ zu der Feststellung, dass es 1932 angesichts der Wahlempfehlung des DHV für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl „zum endgültigen Bruch zwischen der Führung des Verbandes und der Partei kam“.⁵ In der Phase der nationalsozialistischen Machtergreifung sieht er die Beziehung zwischen dem Verband und dem Nationalsozialismus dadurch gestaltet, dass es ab April 1933 zu einem „personalpolitischen Revirement“ kam, „bei dem die alte Führung stets die entscheidenden Fäden in der Hand behielt“, um den Angestelltenverband zu bewahren.⁶ Dass dies letztlich nicht gelang, vielmehr „der Nationalsozialismus den Gleichschaltungsprozeß der Angestelltenverbände bis zu jenem Punkt weiterverfolgte, an dem diese – wie zuvor schon die Arbeiterverbände – vollständig in dem neu geschaffenen Betreuungssystem der DAF aufgingen, lagen letztlich in der Furcht vor der Kon-

4 Das mag verwundern, da sich der DHV während der Weimarer Republik zu einer tarif-, sozial- und gesellschaftspolitisch einflussreichen Angestelltengewerkschaft entwickelt hatte und Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre – trotz seiner Beschränkung auf männliche kaufmännische Angestellte und des Ausschlusses von Juden von einer Mitgliedschaft – zum mitgliederstärksten Angestelltenverband geworden war. Der DHV gehörte seit 1919 dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund und dessen Angestellten-säule, dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) an. Bereits aufgrund seiner Mitgliederstärke spielte der DHV in beiden Organisationen eine maßgebende Rolle. – Als wichtigste Literatur zum DHV wären zu nennen: Walter LAMBACH, *Deutscher Handlungsgehilfenverband (DHV)*, in: Ludwig HEYDE (Hg.), *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 1, Berlin 1931, S. 393–399; Iris HAMEL, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933*, Frankfurt/M. 1967; Dieter FRICKE/Werner FRITSCH, *Deutscher Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 1893–1934*, in: Dieter FRICKE u. a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 457–475; Michael PRINZ, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986; Larry E. JONES, *The Crisis of White-Collar Interest Politics: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband and Deutsche Volkspartei in the World Economic Crisis*, in: Hans MOMMSEN/Dietmar PETZINA/Bernd WEISBROD (Hg.), *Industrielles System und Politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Düsseldorf 1977, S. 811–823; Fritz IRWAHN, *60 Jahre DHV. Deutscher Handlungsgehilfen Verband 1893 bis 1953. Ein historischer Auftrag*, Hamburg o. J. [1953]; Richard HAMILTON, *Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung*, in: Jürgen KOCKA, *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981, S. 354–375; Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982. – Eine sozialhistorisch fundierte Geschichte des DHV ist nach wie vor ein Desiderat.

5 PRINZ (wie Anm. 4), S. 72.

6 EBD. S. 106f.

servierung gewerkschaftsähnlicher Strukturen.⁷ Iris Hamel, die in den sechziger Jahren die bislang einzige Monographie zur Geschichte des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes vorgelegt hat, stellt hingegen die ideologische Nähe zwischen Angestelltenverband und nationalsozialistischer Partei ins Zentrum, was dazu führte, dass „schließlich die Mehrheit der Mitglieder mit dieser Partei“ sympathisierten. Auf diese Weise, so Hamel, trug der DHV „zur Errichtung eines Herrschaftssystems bei, das in der Verwirklichung seines Totalitätsanspruches dem Verband kein Existenzrecht mehr einräumte“.⁸

I. DHV und NSDAP vor 1933

Auch wenn zwischen dem rassistischen Antisemitismus der NSDAP und dem völkisch-kulturellen Antisemitismus, wie er durch den DHV verbreitet wurde, in letzter Konsequenz gewichtige Unterschiede bestanden,⁹ dürften diese für die Nähe zwischen beiden Organisationen zunächst keine Rolle gespielt haben. Eine gemeinsame Basis gab es ohne Zweifel in der nationalistischen Programmatik mit den bekannten Forderungen nach Revision des Versailler Vertrages, Wegfall von Beschränkungen für die Rüstung, Gebietsrevisionen und in geopolitischen Vorstellungen eines auf Mitteleuropa ausgerichteten Hegemonialanspruches des Deutschen Reiches (als „Volk ohne Raum“).¹⁰ Vermutlich fühlten sich führende DHV-Funktionäre bei der radikalen Rhetorik der NSDAP an die Frühzeit des DHV erinnert. Gleichwohl praktizierten Spitzenfunktionäre im DHV wie Hans Bechly, Max Habermann, Otto Gerig, Walter Lambach oder Otto Thiel trotz antiparlamentarischer Polemik eine pragmatische Interessenpolitik, die darauf ausgerichtet war, auch im Rahmen der parlamen-

7 EBD. S. 142. – Max Habermann hatte diesen Zusammenhang bereits 1933/34 erkannt, als er in seiner unveröffentlichten Geschichte des DHV (S. 84) resümierte: „Die Gewerkschaften, in der Ausnutzung der Konjunkturen erzogen, hätten als Partner des freien Arbeitsmarktes Störungsfaktoren bleiben müssen. Die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit nahm daher den Gewerkschaften folgerichtig die lohnpolitischen Funktionen, die sie ein halbes Jahrhundert lang in der freien kapitalistischen Wirtschaft ausgeübt hatten. Die in der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung geübten Mitglieder des DHV wären einem lohnpolitisch aktionsfähigen Verband stets im Nacken gesessen.“ Vgl. auch Willy MÜLLER, *Das soziale Leben im neuen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Arbeitsfront*, Berlin 1938, S. 77 und 85; Müller stellte bezogen auf den Umbau der DAF von einer nach Arbeiter-, Angestellten- und Unternehmerverbänden gegliederten Organisation zu einem Einheitsverband fest: „Eine Verbandsgliederung nach Arbeitern, Angestellten und Unternehmern trägt jedoch die Spuren der Gewerkschaftsform in sich; und die Gefahr der Entwicklung einer einseitigen gewerkschaftlichen Mentalität ist nicht von der Hand zu weisen.“ (S. 77).

8 HAMEL (wie Anm. 4), S. 269.

9 Vgl. hierzu EBD. S. 157–166.

10 Vgl. z. B. Max HABERMANN, *Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV*, Hamburg o. J. [1932], S. 32f.

tarischen Demokratie der Weimarer Republik sozialpolitischen Forderungen der Angestellten Geltung zu verschaffen.¹¹ Nicht zuletzt aufgrund der eigenen Entwicklung und der erfolgreichen Interessenpolitik in der Weimarer Republik bestanden bei den führenden DHV-Funktionären Erwartungen an eine Mäßigung der NSDAP mit der Übernahme von Regierungsverantwortung.¹²

Da der DHV über keine privilegierte Parteibeziehung verfügte, versuchte er seine sozialpolitischen Anliegen auf parlamentarischer Ebene über Verbindungen zu verschiedenen Parteien (Zentrum, DVP, DNVP, NSDAP u. a.) zu vertreten. Mit dem Konzept der „Querverbindung“ unterstützte und koordinierte er das politische Engagement von DHV-Mitgliedern, indem den Parteien formelle Wahlabkommen angeboten wurden. In der Regel handelte es sich um langjährige DHV-Mitglieder, die hauptamtliche Funktionen im Verband innehatten. Im Reichstag saßen 1931 mit Unterstützung des DHV u. a. Otto Gerig für das Zentrum, Otto Thiel und Frank Glatzel für die DVP, der auch Hans Bechly angehörte; Walter Lambach für die Konservative Volkspartei (bis zu seinem Austritt 1929 gehörte er der Reichstagsfraktion der DNVP an) und Otto Rippel für den Christlichen Sozialdienst.

Mit der NSDAP verbanden den DHV – seit Mitte der zwanziger Jahre¹³ – verschiedene personelle Beziehungen. Sie entstanden überwiegend aus den politischen Ambitionen von DHV-Mitgliedern, die über längere Zeit hauptamtlich für den Handlungsgehilfen-Verband tätig waren. So unterstützte der DHV seit Mitte der zwanziger Jahre den langjährigen DHV-Funktionär Franz Stöhr, der 1925 der NSDAP beigetreten war und für diese Partei im Reichstag saß. Mit der Reichstagswahl von 1930 gehörte dem Parlament als weiterer vom DHV unterstützter NSDAP-Vertreter Albert Forster an. Forster war zu dieser Zeit beim DHV angestellt, jedoch vorrangig als Propagandist für die NSDAP tätig.¹⁴ Beziehungen zur NSDAP bestanden durch die Parteimitgliedschaft hauptamtlicher DHV-Funktionäre wie Friedrich Stanik, der 1931 für die Hamburger Bürgerschaft kandidierte, oder August Haid, der seit mehr als zwei

11 Vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 73.

12 Max Habermann meinte noch Mitte Februar 1933 erwarten und empfehlen zu sollen: „Die Nationalsozialisten aber werden lernen, daß in der Staatsführung alle großen Entscheidungen voller schmerzlicher Opfer sind und selten den Rausch ihrer begeisternden Wahlsiege entfachen werden.“, in: „Deutsche Handels-Wacht“ (DHW) 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

13 Vgl. FRICKE/FRITSCH (wie Anm. 4), S. 467.

14 EBD. S. 466f. Vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 65–77; – Dass die Unterstützung von NSDAP-Reichstagskandidaten nicht immer den vom DHV erhofften Effekt brachte, beschrieb Albert KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*, Stuttgart 1959, S. 29: „Die Aufstellung Forsters erwies sich als völliger Fehlschlag. Innerhalb der Reichstagsfraktion spielte er keine Rolle, so daß sich mit ihm praktische Sozialpolitik nicht betreiben ließ. (...) 1932 wurde er wegen wüster Beschimpfungen Hindenburgs aus dem DHV ausgeschlossen.“

Jahrzehnten DHV-Mitglied war, als er 1928 Parteimitglied wurde und eine führende Position in der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) erlangte.¹⁵ Ende 1931 verzeichnete der DHV auf allen politischen Ebenen 1.088 „parlamentarische Mitarbeiter“, von denen 210 der NSDAP zugerechnet wurden.¹⁶ Dieses personale Netzwerk erwies sich jedoch für den Handlungsgehilfen-Verband als wenig belastbar, da sich die Parteiaktivisten bei Loyalitätskonflikten zugunsten der NSDAP entschieden.

Über die personellen Verbindungen des DHV zu den Nationalsozialisten und den Bemühungen, die Partei in das politisch-parlamentarische DHV-Konstrukt der „Querverbindung“ einzubeziehen, hinausgehend sah der Handlungsgehilfen-Verband – in erster Linie Max Habermann und Hans Bechly, die die politische Linie der Angestelltengewerkschaft bestimmten – seit 1930 in der NSDAP eine regierungsfähige Partei entstehen. Bereits nach dem Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 trat Hans Bechly für eine Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsbildung ein.¹⁷ Damit sollte eine parlamentarische, die politische Krise überwindende Einbindung der NSDAP erreicht und gleichzeitig eine erneute Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten verhindert werden. Ein Zusammengehen Heinrich Brüningers mit Hitler, des Zentrums mit der NSDAP, wurde bis 1933 von führenden DHV-Funktionären wiederholt propagiert und noch im Krisenjahr 1932 als Chance gesehen, zu einer stabilen, mit parlamentarischer Mehrheit gestützten Regierung zu kommen.¹⁸ – Mit Blick auf diese *Wunschkoalition* und gerichtet gegen den von ihm weit überschätzten Einfluss Franz von Papens und Alfred Hugenburgs begrüßte Habermann im Februar 1933 den „Reichskanzler Adolf Hitler“, nicht ohne bedauernd festzustellen, dass man „Hitler einen anderen Beginn seiner Staatsführung gewünscht“ hätte als dieses Bündnis.¹⁹ Dass diese politische Entscheidung und der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März 1933 auch den DHV als Gewerkschaft gefährden könnten, mag Max Habermann vielleicht geahnt haben, wenn er gleichzeitig heftig gegen die sozialde-

15 In der Phase der Machtergreifung reklamierte der Handlungsgehilfen-Verband u. a. die Verbindung zu regional einflussreich gewordenen NSDAP-Funktionären wie Wilhelm Murr oder Willy Marschler für sich, deren hauptamtliche DHV-Funktionen meist schon etliche Jahre zurücklagen.

16 *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahr 1931. Rechenschaftsbericht erstattet von seiner Verwaltung*, Hamburg 1932, S. 20; HAMEL (wie Anm. 4), S. 191.

17 DHW 37 (1930), Nr. 18 vom 25.9.1930 – „Ein Wendepunkt?“.

18 Insbesondere Max Habermann versuchte wiederholt eine Kooperation von Brüning und Hitler zu vermitteln. Zu den Intentionen im Zentrum, 1932 zu einer politischen Zusammenarbeit mit der NSDAP und mit Hitler zu gelangen, um eine parlamentarisch abgestützte ‚autoritäre Demokratie‘, d. h. eine Neuaufgabe oder Variation des Brüningerschen Präsidialkabinetts zu erreichen, vgl. Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33*, Stuttgart 1977.

19 DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

mokratische Gewerkschaftstradition und den Einfluss des Marxismus als „artfremdes Lehrgebäude“ polemisierte und die Gewerkschaften als „ein uraltes Erbteil des germanisch-deutschen Genossenschaftsgedankens“ deklarierte.²⁰

Seit den Septemberwahlen 1930 hatte der Handlungsgehilfen-Verband wiederholt versucht, seine Beziehung zur NSDAP zu klären. Der DHV war insbesondere daran interessiert, eine eindeutige Stellungnahme der NSDAP zur Gewerkschaftsfrage zu erhalten und eine Erklärung zu erlangen, dass auf die Bildung einer parteiabhängigen Angestelltengewerkschaft verzichtet würde. Eine Aussprache zwischen Bechly und Habermann auf der einen, Hitler und Rudolf Heß auf der anderen Seite fand am 6. November 1931 in München statt. Aber es scheint durchaus zweifelhaft, ob in den Erklärungen Hitlers – wie es Albert Krebs vorsichtig andeutete – „das Versprechen zur Erhaltung der Gewerkschaften, der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens in einem nationalsozialistischen Staat enthalten gewesen“ war.²¹ – Es handelt sich hier um die vom DHV wiederholt formulierten gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen, deren Anerkennung der Angestelltenverband auch noch in den ersten Monaten nach der Machtergreifung von der NSDAP – wenngleich vergeblich – forderte.²²

Die ideologische Nähe zwischen DHV und NSDAP sowie die vom DHV propagierte politische Regierungsfähigkeit der Nationalsozialisten scheinen Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre mit einer wachsenden Zahl von DHV-Mitgliedern zu korrespondieren, die der NSDAP beigetreten waren oder zumindest mit ihr sympathisierten und zu ihren Wählern zählten.²³ Gleich-

20 DHW 40 (1933), Nr. 5 vom 13.2.1933 – „*Der Spruch des Volkes*“.

21 KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 33; ferner HAMEL (wie Anm. 4), S. 249f.

22 Beispielsweise hob Hans Bechly auf dem Verbandstag des DHV im Juni 1932 hervor: „Daher ist für alle Staatsumwälzungen, neue Verfassungen, neue politische Führungen in Deutschland entscheidend die Stellung zu den Gewerkschaften. An der Frage der Stellung zu den Gewerkschaften werden sich die Geister im politischen Kampf scheiden.“, in: DHW 39 (1932), Nr. 9 vom 16.6.1932: „*23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg*“, S. 4.

23 Eindeutige Angaben über die politische Orientierung der DHV-Mitglieder liegen nicht vor. Iris Hamel (s. Anm. 4, S. 12) hebt in ihrer Monographie über den DHV jedoch hervor: „Die Mehrheit der Mitglieder [des DHV] sympathisierte mehr oder weniger offen mit der NSDAP und schränkte die Handlungsfreiheit der Verbandsleitung erheblich ein.“ Diese seit dem Bruch mit der DNVP (endgültig im März 1930) und vor allem auf die Endphase der Weimarer Republik bezogene Feststellung kann sich auf zeitgenössische Einschätzungen wie die von Max HABERMANN in seiner DHV-Geschichte (wie Anm. 1, S. 77) und Rudolf KÜSTERMEIER (*Die Mittelschichten und ihr politischer Weg*, Potsdam 1933, S. 45) stützen, vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 70, Anm. 36. In welchem Maße die DHV-Mitglieder parteipolitisch engagiert und bei welchen Parteien sie gegen Ende der Weimarer Republik eingeschrieben waren, darüber gibt es in der Literatur keine verlässlichen Informationen. Wie erwähnt, berichtete der DHV in seinem Rechenschaftsbericht von 1931, S. 20, ferner HAMEL (wie Anm. 4), S. 191, von einem breiten parteipolitisch-parlamentarischen Enga-

wohl gibt es abgesehen von zeitgenössischen Einschätzungen keine zuverlässigen und nachprüfbaren Daten, mit denen diese zunehmende Affinität der DHV-Mitglieder zum Nationalsozialismus quantitativ gemessen werden kann. Diese Entwicklung zog jedoch keine vorbehaltlose Hinwendung des DHV zum Nationalsozialismus nach sich. Nicht zuletzt deshalb sah sich der Handlungsgehilfen-Verband seit Ende der zwanziger Jahre mit zahlreichen Versuchen aus den Reihen der NSDAP konfrontiert, die Angestelltengewerkschaft entweder zu übernehmen oder die Mitglieder zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, als sich zeigte, dass die Verbandsleitung nicht gewillt war, den DHV den Interessen der Partei unterzuordnen. Gegen Versuche aus den Reihen der NSDAP, den DHV personell zu unterwandern und Parteizellen in ihm zu etablieren, reagierte die Verwaltung des DHV (d. i. der Vorstand) bereits 1928/29 mit Organisationsausschlüssen.²⁴

Eine Zuspitzung und Verschärfung erfuhren diese punktuelle Konfrontationen zwischen DHV und Teilen der NSDAP, als sich Hans Bechly – dessen Position von der Verwaltung des DHV unterstützt wurde – im Februar 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident aussprach. Intendiert war keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung Hitlers und des politischen Einflusses der NSDAP, vielmehr verband Bechly mit der Wahlempfehlung die Vorstellung, Hitler in eine Personalkonstellation mit Hindenburg und Brüning politisch-parlamentarisch einbinden zu können.²⁵ Auf die kampagnenartigen Angriffe der NSDAP, die diese Wahlempfehlung zur Folge hatte, antwortete die Verbandsleitung mit Verbandsausschlüssen und der Entlassung auch prominenter NSDAP-Mitglieder wie Albert Forster und Friedrich Stanik²⁶, die zu dieser Zeit beim DHV angestellt waren.

gament seiner Mitglieder/Funktionäre. Von den für Ende 1931 erwähnten 1.088 DHV-Mitgliedern mit einem parlamentarischen Amt im Reichstag (10), in Landtagen (25) und auf den verschiedenen Ebenen der Regional- und Kommunalvertretungen (1.053) hielt die NSDAP fast 20 % der Mandate (210), das Zentrum fast 11 % (112), ebenso die DVP (118), die Volkskonservative und die Christlich-Soziale Partei zusammen etwa 10,3 % (112) und bürgerliche Einheitslisten vor allem auf kommunaler Ebene die Mehrzahl mit 41,4 % (451). Diese Daten geben nur in Ansätzen einen Hinweis auf die parteipolitische Orientierung der DHV-Mitglieder und der DHV-Spitze. Sie unterstützen aber die für Anfang der dreißiger Jahre festgestellte Tendenz einer wachsenden Hinwendung von DHV-Mitgliedern zur NSDAP. Deutlich wird aber auch, dass von den politisch aktiven DHV-Mitgliedern, die politische Mandate innehatten, noch Ende 1931 etwa 80 % in anderen Parteien als der NSDAP diese Mandate vertraten, was gegen eine Dominanz der NSADP im DHV spricht.

24 Vgl. KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 16–18.

25 Vgl. Hans BECHLY, „*Unsere politische Haltung*“, in: DHW 39 (1932) Nr. 9 vom 16.6.1932 – „23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg“, S. 4.

26 Vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 251f.

Dennoch führte auch dieser Konflikt nicht zu einer grundsätzlichen Abwendung des DHV von der NSDAP.²⁷ Der Handlungsgehilfen-Verband bewahrte seine ideologische und politische Affinität zur NSDAP, ohne sich indes zu einer parteiabhängigen oder der NSDAP untergeordneten Organisation zu transformieren. Deutlich hat diese Position Hans Bechly, Vorstandsvorsteher des DHV, auf dem Verbandstag im Juni 1932 vertreten, als er ausführte:

„Ein Anschluß an die NSDAP wäre auch nicht möglich, weil sie einen rücksichtslosen Kampf gegen andere Parteien führt, in denen große Teile der deutschen Kaufmannsgehilfen Mitglieder sind. (...) Das tun wir nicht aus irgendwelcher Liebedienerei zu politischen Kraftzentralen, sondern weil wir in unserer Bewegung stets die Einheit des deutschen Volkes repräsentiert haben. (Stürmischer Beifall)“²⁸.

Und er stellte die Frage:

(...) Wie können wir zu einer Partei in ein vertrautes Verhältnis kommen, deren Organe durch Anweisung, ja, durch Befehl Mitglieder des DHV zu veranlassen suchen, den Verband für die Partei zu erobern. Wenn wir feststellen mußten, daß einige Mitglieder sich durch diese Anweisungen haben verleiten lassen, treulos zu handeln und unseren Verband zu verraten, indem sie Berichte aus geschlossenen Sitzungen der Gliederungen oder ihrer Vorstände an die Partei auslieferen. Wenn sie ferner in geheimen Sitzungen von DHV- und Parteimitgliedern vorher bereden und beschließen, welche Anträge sie stellen wollen, welche Personen sie wählen wollen und wie debattiert werden soll, so ist das der Einbruch einer Partei in den Verband, gegen den wir uns mit allen Mitteln wehren (Stürmischer Beifall), ebenso wie wir uns zur Wehr setzen, wenn man bei Standeswahlen verlangt, daß wir Parteimitglieder bloß wegen ihrer Parteizugehörigkeit auf die Wahlliste setzen oder uns damit droht, daß man uns sonst Gegenlisten mit Verbandsmitgliedern entgegenstellen wird. (Lebhafte Zustimmung)“.

Auch wenn Bechly auf dem DHV-Verbandstag 1932 die organisatorische Distanz zur NSDAP betonte und die Versuche der Partei, den Handlungsgehilfen-Verband personell zu unterwandern und organisatorisch zu instrumentalisieren, verurteilte, bleibt die Frage, ob der wachsende politische und innerorganisatorische Druck aufgrund der Erfolge der NSDAP bei Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen²⁹ eine personelle Anpassung des Führungspersonals an die (anscheinend) veränderte politische Orientierung der Mitglieder verlangte und zu einer ‚Nazifizierung‘ des Angestelltenverbandes führte. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, dass auch noch auf dem 23. (und

27 Vgl. hingegen PRINZ (wie Anm. 4), S. 71.

28 DHV 39 (1932), Nr. 9 vom 16.6.1932 – „23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg“, S. 4.

29 Vgl. Alfred MILATZ, *Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 743–793.

letzten) ordentlichen Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 – also nach der Hindenburg-Wahl – das zentrale Führungsgremium des Verbandes, die Verwaltung, sich durch ein hohes Maß an Kontinuität auszeichnete: Keines der Mitglieder der bestätigten Verwaltung kam neu in dieses Gremium. Ebenso bemerkenswert ist – angesichts der vorausgegangenen Konflikte – die einstimmige Wiederwahl von Hans Bechly zum Vorstandsvorsteher.³⁰ Anscheinend war der Einfluss von NSDAP-Mitgliedern und -Aktivisten im Angestelltenverband geringer, als häufig angenommen wird. Zumindest konnte er sich nicht so weit innerorganisatorisch verfestigen, um auf die Delegiertenwahl für den Verbandstag und die Bestellung von Vorstandsmitgliedern einwirken zu können. Eine gewisse Anpassung an die politischen Verhältnisse bestand allein in der Wahl Hermann Miltzows – seit 1930 Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung – zum stellvertretenden Vorstandsvorsteher und damit zum designierten Nachfolger Hans Bechlys. Zwar bedeutete dies keinen grundsätzlichen Wechsel in der DHV-Führung, zumal Miltzow langjähriges DHV-Mitglied war und seit 1926 dem Vorstand angehörte. Aber es war insofern ein Signal, als sich Miltzow politisch weniger exponiert hatte als Max Habermann, der bisher als Bechly-Nachfolger galt. Gleichfalls bemerkenswert an diesen Personalentscheidungen im Jahr 1932 ist das Fehlen von NSDAP-Mitgliedern unter den neun Mitgliedern dieses Führungsgremiums (Verwaltung),³¹ obwohl Parteiabstinenz von ihnen keineswegs erwartet wurde. Die bei den Spitzenfunktionären des DHV auch 1932/33 vorhandene Distanz zur NSDAP zeigte sich auch darin, dass keiner von ihnen vor 1933 der NSDAP beitrug, obwohl einige von ihnen – Habermann, Lambach (beide DNVP), Bechly, Thiel, Glatzel (alle DVP) – 1929 bzw. 1932 ihre bisherige Parteimitgliedschaft in der DNVP bzw. in der DVP aufgegeben hatten.

Um gewerkschaftspolitische Eigenständigkeit – auch gegenüber der NSDAP – war der DHV noch in den ersten Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bemüht, auch wenn in der „Deutschen Handelswacht“ (DHW) die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begrüßt worden war.³² Auch zu diesem Zeitpunkt verfolgte der Angestelltenverband weiterhin

30 Vgl. Abschrift des notariell beglaubigten Protokolls des Verbandstages des DHV am 5.6.1932, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (AdsD), DGB-Bestand, Bundesvorstand, Abt. Vorsitzender (5/DGAI001540), Bl. 91–115.

31 Nicht einmal NSDAP-Anhänger, die bereits seit längerem dem DHV angehört und 1933 nach dem ‚Ausscheiden‘ der alten Führung im Handlungsgehilfenverband oder in der „Angestelltensäule“ der DAF maßgebende Funktionen einnahmen (August Haid, Georg Schloder), finden sich unter den neun Mitgliedern der (engeren) Verwaltung (Direktoren). Allein das NSDAP-Mitglied Georg Schloder, der im Mai 1933 zum Stellvertreter von Albert Forster reüssierte, gehörte vor 1933 aufgrund seiner Funktion als Gauvorsteher von Bayern zur erweiterten DHV-Verwaltung.

32 Vgl. Max HABERMANN: „Reichskanzler Adolf Hitler“, in: DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933, S. 29ff.

eine eigenständige Interessenvertretungspolitik und war nicht gewillt, seine organisationspolitische Eigenständigkeit aufzugeben und sich der NS-Bewegung ein- und unterzuordnen. In direktem Konflikt mit NSBO-Ambitionen geschah dies bei den Betriebsrätewahlen in den ersten Monaten des Jahres 1933. Deutlich betonte Otto Thiel die Distanz zur NSBO bei den Betriebsrätewahlen in einem Artikel in der „Deutschen Handelswacht“, als er forderte:³³ „Von dieser Linie“ – gemeint sind akzeptierte gemeinsame Listen mit Gedag-Verbänden – „dürfen sich unsere Mitglieder auch nicht durch irgendwelche parteipolitische Erwägungen abbringen lassen“. Daher erinnerte er an die Beschlüsse des Kölner (1930) und des Hamburger (1932) Verbandstages des DHV³⁴:

„Wer sich in der Arbeit für den Verband von Parteigrundsätzen oder Parteigesichtspunkten leiten läßt, stellt sich in Gegensatz zu den Beschlüssen des Verbandstages und gefährdet die Einheitlichkeit und Stoßkraft des Verbandes. Das gilt insbesondere für alle Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete. Der Verbandstag erneuert die Verpflichtung aller Mitglieder zur unbedingten Verbandsdisziplin bei allen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiten. Wahllisten zu Angestellten- oder Betriebsratswahlen und zu sonstigen sozialen Wahlen von politischen oder bündischen Bewegungen oder Betriebsgruppen, die von diesen gebildet werden, sind ungewerkschaftlich.“

Wenn Otto Thiel in diesem Artikel darauf verwies, dass auch diese Betriebsrätewahlen Anlass seien, um „erneut unter Beweis [zu] stellen, daß die vierzigjährige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit des DHV an allen Orten genügend zielsichere Führer hervorgebracht hat, die sich (...) von ihrem klaren Kurs nicht ablenken lassen“, dann lag auch hier die Betonung auf „gewerkschaftlich“ in Abgrenzung zu parteipolitisch.

Mit ähnlicher Selbstgewissheit schrieb auch Max Habermann Mitte Februar 1933, 14 Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler: „Wir [der DHV] werden unsere Eigenart und unsere Aufgabe auch gegenüber einem siegenden Nationalsozialismus als eine politische und gesellschaftliche Notwendigkeit zur Geltung zu bringen wissen.“³⁵ In Verkennung des Machtanspruchs und der Voraussetzung für die machtpolitische Stabilisierung des NS-Regimes meinte Habermann darauf rechnen zu können: „Je näher der Nationalsozialismus an die Welt der Tatsachen heranrückt, desto wichtiger werden ihm Erfahrungen und Einsichten sein, die eine nationale und eine soziale Bewegung wie der DHV im Ringen mit dieser Welt der Tatsachen gewonnen hat.“ In gleicher Verkennung erwartete er: „Das politische verantwortliche Handeln des Nationalsozialismus kann nicht die Augen vor der ungeheueren Mannigfaltigkeit des deutschen Lebens verschließen und wird ständische Gestaltungskräfte

33 EBD. S. 31f. – „Die Betriebsrätewahlen 1933“.

34 EBD. S. 32.

35 DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

nicht ausschließen können, die mit ihm die Wurzel einer nationalen und sozialen Gesamtverantwortung gemeinsam haben.“

Trotz der ideologischen Nähe zwischen DHV und NSDAP und trotz der Erwartung bei den Spitzenfunktionären des Handlungsgehilfen-Verbandes an Überwindung der politischen Krise und an eine „nationale“ Erneuerung Deutschlands durch eine Regierungsbeteiligung der NSDAP bestanden Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre erhebliche Differenzen zwischen beiden Organisationen. Auch noch gegen Ende der Weimarer Republik vertraten DHV-Mitglieder ein viel breiteres Spektrum politischer Positionen, als der Nationalsozialismus anbot, und waren Mitglieder des DHV in verschiedenen Parteien vom Zentrum bis zur NSDAP organisiert. Differenzen zur NSDAP bestanden im Politikverständnis des DHV, der bei aller anti-demokratischen Rhetorik einen pragmatischen Umgang mit den politischen Institutionen der Weimarer Republik pflegte. Zwar ging es dem DHV nicht um die Rettung des politischen Systems der Weimarer Demokratie, doch propagierte er zur Überwindung der politischen Krise eine mit parlamentarischer Mehrheit ausgestattete Koalitionsregierung insbesondere von Zentrum und NSDAP, orientiert am autoritären Brüning'schen Präsidialkabinett und am Rande der Weimarer Verfassung. Vor allem aber beharrte der DHV darauf, eine eigenständige Gewerkschaftsorganisation zu sein.

Aufgrund seiner Gewerkschaftsfunktion konnte ein organisatorisch eigenständiger Handlungsgehilfen-Verband vom NS-Regime nicht akzeptiert und nicht ohne personelle und organisatorische Gleichschaltung absorbiert werden. Der DHV war daher bereits im April 1933 mit Eingriffen der NSDAP und der NSBO konfrontiert. Sie betrafen sowohl die Spitzenfunktionäre als auch die Organisationsstruktur des Handlungsgehilfen-Verbandes, erfolgten aber nicht, wie Michael Prinz vermutet, als eine wohlkalkulierte Übergabe des Verbandes in die Hände langjähriger und erfahrener DHV-Funktionäre mit NSDAP-Bindung, um den Angestelltenverband zu retten.³⁶ Vielmehr war das Ergebnis dieser Eingriffe eine rasche und weitreichende personelle und organisatorische Gleichschaltung, so dass der DHV nach dem 2. Mai 1933 für die nächsten eineinhalb Jahre als organisatorisches Sammelbecken der männlichen kaufmännischen Angestellten(organisationen) innerhalb der Nationalsozialistischen Angestelltenschaft (NSA) bzw. des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten und der Deutschen Arbeitsfront dienen konnte, bis schließlich das verbliebene Organisationsfragment in die DAF überführt wurde.³⁷

36 PRINZ (wie Anm. 4), S. 106f.

37 Zu den Eingriffen und zum Verlauf des Wandels von Funktion und Struktur des DHV vgl. EBD. S. 101–143.

II. Gleichschaltung

Die Gleichschaltung des DHV, die seit April 1933 in zwei Schritten erfolgte, zielte auf die Durchsetzung des Totalitätsanspruches des NS-Regimes, den ein eigenständiger DHV – trotz ideologischer Affinität zum Nationalsozialismus – in Frage gestellt hätte. Aufgrund ihrer Organisationsgeschichte und ihres Charakters als Interessenvertretung von Arbeitnehmern hätten NS-unabhängige Gewerkschaften die am 10. Mai 1933 gegründete DAF mit einer genuinen Gewerkschaftstradition konfrontiert.

Bereits der *erste Schritt* – der Rücktritt der DHV-Funktionäre Hans Bechly, Max Habermann, Karl Bott und Otto Thiel am 9./10. April 1933 – verlief unter Druck der NSDAP. Abgelöst wurde Bechly als Vorstandsvorsteher von dem auf dem letzten Verbandstag als Nachfolger designierten Hermann Miltzow. Beide, Miltzow und Bechly, wurden veranlasst, Mitglied der NSDAP zu werden. Damit sollte ein Zeichen der Akzeptanz des neuen Regimes für die DHV-Mitglieder und die NSBO gegeben werden. Nach den Angaben in der „Deutschen Handelswacht“ beschloss der Aufsichtsrat des DHV am 9. April 1933, Miltzow die Vollmacht zu erteilen, „alle personellen und sachlichen Maßnahmen durchzuführen, die von der nationalen Regierung zu einer Einordnung des DHV in den nationalen Staat gefordert werden“³⁸. Grundsätzlich wurde mit dieser „Ermächtigung“ der bislang geltende formal-demokratische innerverbandliche Entscheidungsprozess aufgehoben. Als Vorstandsvorsteher verfügte Hermann Miltzow, in enger Absprache mit der NSDAP, vertreten durch Franz Stöhr, der im direkten Auftrag von Reichsinnenminister Wilhelm Frick handelte, eine Verkleinerung der Verwaltung und einen personellen Wechsel.³⁹ Anstelle der entlassenen Funktionäre traten das langjährigen DHV- und NSDAP-Mitglied Franz Stöhr, ohne jedoch Verwaltungsfunktionen zu übernehmen, sowie Benno Ziegler, der Leiter der Hamburger Verlagsanstalt, dem Hausverlag des DHV.⁴⁰ Der Einfluss Max Habermanns im DHV wurde durch Hausverbot, Kontaktsperre für DHV-Mitarbeiter sowie die Überwachung seines Hauses unterbunden.⁴¹

38 DHW 40 (1933), Nr. 7 vom 20.4.1933, S. 96.

39 Folgt man der ungedruckten Biographie von Albert KREBS über Max Habermann (*Max Habermann – eine biographische Studie*, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ungeedr. Ms., S. 69), wurde dieser Anfang April „zu einer ‚Gleichschaltungsverhandlung‘ zur Parteileitung nach München befohlen. Im Laufe dieser Verhandlung wurde ihm verboten, das Verbandshaus nochmals zu betreten und sich weiterhin um Verbandsangelegenheiten zu kümmern.“

40 Benno Ziegler war seit 1910 Mitglied des DHV, seit 1913 ‚berufsamtlich‘ im DHV tätig, u. a. als DHV-Gauvorsteher der Nordmark, seit 1931 leitete er die Verlagsunternehmen des Verbandes, DHW 40 (1933), Nr. 8, 28.4.1933, S. 109.

41 Vgl. Brief Habermanns an Guido Kolbenheyer vom 12.7.1933, zit. in: Siegfried LOKATIS, *Hanseatische Verlagsanstalt. Politisches Buchmarketing im „Dritten Reich“*, in: Archiv

Auch wenn Hermann Miltzow bemüht war, den Gleichschaltungsanforderungen nachzukommen – mit der Unterstellung des DHV am 4. Mai 1933 unter das „Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit“ hatte der Verband seine Eigenständigkeit verloren –, so war er offensichtlich doch noch zu sehr Gewerkschafter und zu wenig NSDAP-Partei-Soldat, um diesen Erwartungen zur Genüge zu entsprechen.

Bei der im April/Mai 1933 vorgenommenen Neu- oder Wiederbesetzung von Gauvorstehern in acht DHV-Bezirken erfolgte überwiegend eine Bestätigung bisheriger Wahlfunktionäre des DHV. Auf diesen Gautagen zeigte sich noch eine ausgeprägte personelle Kontinuität, auch wenn auf dem Gautag von Nordmark bereits das Wahlverfahren durch die Berufung nach dem „Führerprinzip“ ersetzt wurde. Eine Ausnahme stellte der Vorsteher des Gaus Westmark, Alois Knabl, dar, der – folgt man seinem Antrag auf Wiedergutmachung vom 24. Mai 1948 – aufgrund seiner politischen Haltung im Mai 1933 „auf Verlangen der Gauleitung der NSDAP-Köln [seines] Amtes als Gauvorsteher enthoben“ wurde.⁴² Nach seiner eigenen Darstellung war der Grund seiner Entlassung „die Tatsache, daß ich der NSDAP als Mitglied nicht angehörte, mich als positiver Katholik zur Zentrumsparterie bekannte, den Angestelltenbeirat der Rheinischen Zentrumsparterie nebenamtlich führte, in der Reichspräsidentenwahl Hindenburg/Hitler viele Wahlversammlungen für Hindenburg gehalten hatte und auf meinen Antrag mehrere führende Mitglieder der Gauleitung der NSDAP wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verband ausgeschlossen wurden“⁴³.

Ein an der bisherigen Verbandstradition orientiertes Organisationsverständnis kam in der Rede des Gauvorstehers Erich Stolt (Niedersachsen) auf dem Gautag zum Ausdruck:⁴⁴ „Auch in einer neuen Wirtschaft werden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Interessengegensätze bestehen.“ Selbst wenn er eine Milderung dieses Gegensatzes durch das Wirken des Staates und in einer von ihm initiierten „Arbeitsgemeinschaft“ erwartete, stellte er zugleich fest: „Der DHV ist eine Gewerkschaft, aber er ist gewiß kein Tarifautomat.“ Es mag auch dieses relativ offene Beharren auf *gewerkschaftlicher* Interessenvertretung und die Publikation solcher Position in der DHV-Ausgabe gegen Ende des Monats Zweifel daran geweckt haben, ob Hermann Miltzow die Erwartungen in der NSDAP und DAF hinsichtlich „politischer“ Gleichschaltung des Handlungsgehilfenverbandes erfüllen würde.

für Geschichte des Buchwesens, Bd. 38, 1992, S. 1–189, hier S. 173, Anm. 93; vgl. auch Albert KREBS, *Max Habermann* (wie Anm. 39).

42 In: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie, Wiedergutmachungsakte Alois Knabl.

43 Schreiben Alois Knabl an den Leiter der DAK vom 24.5.1948, in: ebd.

44 DHV 40 (1933), Nr. 9/10 vom 27.5.1933, S. 123.

Im Mai 1933 charakterisierte Werner Luckow – zu dieser Zeit in der „Bankenabteilung“ des DHV beschäftigt⁴⁵, Mitglied der NSDAP und Truppführer des SA-Sturms 12/45 – in einem Aktenvermerk⁴⁶ die internen Kräfteverhältnisse unter dem Vorsitzenden Miltzow. Er kam zu dem Schluss, dass „praktisch (...) beim Verband noch alles beim Alten geblieben“ sei, die „im Betrieb tätigen alten Parteigenossen (...) in keiner Weise irgendwo an verantwortlicher Stelle eingesetzt sind“ und „außerdem bereits Bemühungen im Gange [wären], Herrn Habermann wieder in den Verband hineinzubringen“.

Bis Ende Juni 1933 änderten sich die politischen Rahmenbedingungen, als es – im zweiten Schritt – zur „Amtsenthebung“ von Hermann Miltzow unter nicht ganz geklärten Bedingungen kam⁴⁷ und August Haid, ein altgedienter DHV-Funktionär, aber durch seine NSDAP- und NSBO-Mitgliedschaft dem Handlungsgehilfenverband weniger loyal zugewandt, dessen Nachfolge antrat. In dieses Amt berufen wurde Haid von Albert Forster in seiner Funktion als „Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten“ und von Robert Ley als Führer der DAF.⁴⁸ Das Scheitern von Robert Leys Ambitionen, die DAF auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 1933 als unabhängige Gewerkschaftsorganisation anerkennen zu lassen, führte nicht nur zur Verhaftung von Wilhelm Leuschner bei seiner Rückkehr aus Genf, sondern auch zu einem kampagnenartigen Vorgehen gegen christliche Gewerkschafter, die in großer Zahl fristlos entlassen wurden.⁴⁹ Im DHV traf diese Entlassungswelle Otto Gerig, der am 25. Juni 1933 noch von Hermann Miltzow aus den DHV-Diensten entlassen wurde, und anschließend Miltzow selbst.

Als neuernannter Verbandsvorsteher kündigte August Haid dann auch in der „Deutschen Handelswacht“ an: „Mein erster Auftrag lautet: Sämtliche Führerstellen im Verband mit Nationalsozialisten zu besetzen. Das bedeutet praktisch, daß an der Spitze der 13 Bezirke, der Kreise und Ortsgruppen Führer stehen, die unbedingt zuverlässige Nationalsozialisten sind.“

Dieses Programm eines „Umbau[es] der Führerschaft“ verband Haid mit der Zurückweisung des „Habermannschen Geist[es]“ im DHV.⁵⁰ Abgelehnt wur-

45 In der DHW (Nr. 16 vom 25.8.1933, S. 226) findet sich ein Hinweis, dass Werner Luckow, inzwischen „Leiter unserer Bankenabteilung“ – offensichtlich anstelle von Friedrich Stoffers – von Albert Forster in seiner Funktion als Führer des Gesamtverbandes der deutschen Angestellten zu „dessen Stellvertreter für den Bezirk Nordmark ernannt“ wurde.

46 Vgl. „Gleichschaltung des DHV“, Abschrift eines Originaldurchschlags der von Werner Luckow verfassten Aktennotiz; Friedrich Stoffers, in dessen Besitz sich ein Originaldurchschlag befand, bestätigt am 15.4.1957 die Richtigkeit der Abschrift, in: DAG-Restarchiv, Hamburg. – Friedrich Stoffers war im April/Mai 1933 Leiter der „Bankenabteilung“ des DHV in Hamburg.

47 DHW 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

48 Vgl. Abschrift der Vollmacht in: LA Berlin, Akte K 231/41, Bl. 316.

49 Vgl. Michael SCHNEIDER (wie Anm. 4), S. 762.

50 DHW 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

den eine Jugend- und Bildungsarbeit und eine innerverbandliche Personalpolitik, die von NSDAP-Funktionären wie Haid als gegen die NS-Bewegung gerichtet wahrgenommen wurde. Aber auch Entscheidungen Hermann Miltzows, die anscheinend nicht nationalsozialistischen Prinzipien verpflichtet waren, unterzog August Haid als Vorstandsvorsteher einer Revision, wenn er Abfindungsregelungen für entlassene DHV-Funktionäre auf Kosten der Entlassenen verschlechterte oder die im April/Mai 1933 erfolgte Besetzung bzw. Bestätigung von Gauleitern seit Juli 1933 korrigierte.

Den Abschluss dieser Phase der Gleichschaltung und der Durchsetzung des „Führerprinzips“ bildete der zum 14. Juli 1933 einberufene außerordentliche Verbandstag des DHV. Beauftragt vom Zentralbüro der DAF rief August Haid diesen Verbandstag ein, wobei er sich über die satzungsmäßig vorgeschriebenen Fristen hinwegsetzte. Auf diesem statutenwidrigen Verbandstag mit nur 14 Teilnehmern – üblicherweise waren auf den DHV-Verbandstagen etwa 300 Delegierte vertreten –, wurde eine neue Satzung für den DHV ‚beschlossen‘: Das Führerprinzip wurde verankert und die gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele aus der Satzung gestrichen.⁵¹

Den sich auch aus dieser Statutenänderung ergebenden Personalwechsel zeigt ein Vergleich der Mitglieder der Verwaltung und des Aufsichtsrats des DHV des Jahres 1932/33 mit dem Personenkreis, der in die mit Satzungsänderung vom 14.7.1933 neugeschaffenen Gremien, Führerring (zehn Mitglieder außer Haid und Forster) und Beirat (neben den Mitgliedern des Führerrings und den Bezirksvorstehern 15 Mitglieder), berufen wurde. Von den zehn Mitgliedern des Führerrings und den 15 Mitgliedern des Beirates, die in der DHV benannt wurden,⁵² waren nur Georg Schloder (Führerring), Arthur Becker und Otto Wiesenfarth (beide Beirat) bereits 1932 in den zentralen Gremien des DHV (Vorstand, Aufsichtsrat) vertreten.

51 Vgl. Abschrift der notariell beurkundeten Versammlung in: AdsD (wie Anm. 30), Bl. 133, 135, 137. – Nach der noch bis zum Juli bestehenden Satzung war der außerordentliche Verbandstag satzungswidrig einberufen worden. Auf die zu wahrende Einberufungsfrist (§ 40,1) wurde „auf Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Herrn Dr. Ley, verzichtet“, vgl. Abschrift des Einladungsschreibens der Verwaltung des DHV vom 8.7.1933, in: ebd. Bl. 141. Zweifelhaft ist auch, ob der Aufsichtsrat, wie es die Satzung verlangte (§ 29,2), der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zugestimmt hatte. – Vgl. die „Satzung des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes“, die als „Anlage zum Protokoll“ der Abschrift des außerordentlichen Verbandstages vom 14.7.1933 beigelegt ist, in: ebd. Bl. 143–153.

52 Vgl. DHV 40 (1933), Nr. 21 vom 10.11.1933, S. 300f.; Nr. 23/24 vom 20.12.1933, S. 356.

Mitglieder der Verwaltung des DHV 1933*

Mitglieder der Verwaltung (gewählt 1932)	erzwungener Rücktritt: 9./10.4.1933	späteres Ausscheiden	Mitglied des Führerrats oder des Beirats (Satzung vom 14.7.1933)
Hans Bechly	Rücktritt		–
Karl Bott	Rücktritt		–
Georg Brost		?	–
Robert Fedisch		?	–
Max Habermann	Rücktritt		–
Hermann Miltzow		erzwungene Amtsaufgabe: 30.6.1933	–
Anton Tarnowski		3.12.1933: Rücktritt als Leiter der DHV-Kranken- kasse – unklar, wann er aus der DHV- Verwaltung ausschied	–
Otto Thiel	Rücktritt		–
Christian Winter		Selbstmord 1.7.1933	–

* Die Zahl der vom Verbandstag zu wählenden Verwaltungsmitglieder war 1932 auf neun festgelegt und vom Verbandstag am 5.6.1932 gewählt worden; vgl. Abschrift des notariellen Protokolls (1622/1932) des Notars Dr. O. Bartels, Hamburg, in: AdsD (wie Anm. 30).

Die Amtsenthebung Miltzows und dessen Ersetzung durch August Haid stellte die entscheidende Veränderung des DHV dar. Sie führte zu einer nationalsozialistisch geprägten Personal- und Organisationspolitik, die den DHV seines in der Weimarer Republik angenommenen Gewerkschaftscharakters entledigte und eine Politik ermöglichte, die nicht mehr durch Willensbildungs- und Entscheidungsgremien innerhalb des DHV entschieden oder kontrolliert wurde.

Mit der Satzungsänderung und der personellen Gleichschaltung sollte der potentielle Widerstand, den eine selbstbestimmte Massenorganisation für die ‚Machtergreifung‘ und den Totalitätsanspruch der NSDAP darstellte, ausgeschaltet werden. Aus ihr resultierte letztlich, wie Michael Prinz feststellte, die „Furcht vor der Konservierung gewerkschaftlicher Strukturen“.⁵³ Aus dieser prinzipiellen Unvereinbarkeit unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen mit dem NS-System ist es zu erklären, dass der DHV trotz ideologischer Nähe und politischer Annäherung vom NS-Regime aufgelöst wurde.

53 PRINZ (wie Anm. 4), S. 142.

III. Ausgrenzung, Verfolgung und Widerstand ehemaliger DHV-Funktionäre

Dass ehemalige DHV-Funktionäre im NS-Regime sozial ausgegrenzt und politisch verfolgt wurden und dass sich einige von ihnen im Umfeld von Widerstandsaktivitäten gegen das NS-Regime finden, mag überraschen angesichts der ideologischen und politischen Nähe zwischen DHV und NSDAP, angesichts der partiellen Kooperation im Rahmen der Politik der „Querverbindung“ des DHV, schließlich angesichts des Eintretens des DHV für eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Systematische Untersuchung zu Verbindungen ehemaliger DHV-Funktionäre zu Oppositions- und Widerstandsgruppen liegen nicht vor, so dass weder quantitative Angaben über die Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären des Handlungsgehilfen-Verbandes noch qualifizierende Aussagen über den Weg zu Opposition und Widerstand möglich sind. Am Beispiel von Otto Gerig und Max Habermann soll versucht werden, Ausgrenzung, Verfolgung und Widerstand von DHV-Funktionären während des NS-Regimes zu skizzieren, ohne den Anspruch zu erheben, dadurch bereits generalisierende Aussagen über Umfang, Motivation und Intensität der Widerstandsbeiträge gewinnen zu können.

Otto Gerig

Der am 9. Juni 1885 in Rosenberg (Baden) geboren Otto Gerig war sein Leben lang dem Katholizismus verbunden und im politischen Katholizismus des Rheinlandes engagiert und integriert. Als Versicherungskaufmann arbeitete er bis 1921, unterbrochen durch seine Kriegsteilnahme (1915–1918), für verschiedene Versicherungsgesellschaften. Vom 1. Juli 1921 bis zu seiner fristlosen Entlassung im Juni 1933 war er hauptamtlich für den DHV, dem er seit 1907 angehörte, tätig. Zunächst fungierte er als Geschäftsführer des Gaus Niederrhein mit Geschäftssitz in Köln. 1926 wurden er und Georg Brost „auf Vorschlag der Verwaltung vom Aufsichtsrat zu stellvertretenden Verwaltungsmitgliedern ernannt“.⁵⁴ Schließlich bekleidete er noch von 1930 bis 1933 die Funktion eines nebenamtlichen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes im christlichen DGB.⁵⁵ Die gewerkschaftlichen Funktionen, die Gerig in den zwanziger und dreißiger Jahren einnehmen konnte, wurden ergänzt durch sein politisches Engagement. Für das Zentrum war er von 1921 bis 1924 Mitglied

54 *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahr 1926. Rechenschaftsbericht erstattet von seiner Verwaltung*, Hamburg 1927, S. 339.

55 Vgl. Georg BROST, *Deutscher Gewerkschaftsbund*, in: Ludwig HEYDE, *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 1, Berlin 1931, S. 363–365; Werner FRITSCH: *Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 1919–1933*, in: Dieter FRICKE (wie Anm. 4), S. 90–97.

des Preußischen Landtags,⁵⁶ von 1923 bis 1933 war er als Abgeordneter des Wahlkreises 23 bzw. 20 (Köln-Aachen) Mitglied des Reichstags⁵⁷.

Zwar wurde Otto Gerig Ende Juni 1933 aus dem Verband entlassen, doch scheinen die Abfindungsregelungen, die ihm Hermann Miltzow als geschäftsführender Verbandsvorsteher in einem Schreiben vom 25. Juni 1933 zusicherte, wenigstens eine materielle ‚Abfederung‘ zu gewähren. Ohne auf die Gründe einzugehen, teilte Miltzow Gerig in wenigen Worten seine Entlassung mit unter Einhaltung bestehender Kündigungsfristen und finanzieller Regelungen, einschließlich einer gemessen am Gehalt zwar geringen, aber dem Durchschnittsverdienst mittlerer Angestellten⁵⁸ entsprechenden und vor allem zeitlich uneingeschränkten Pensionszahlung.⁵⁹

Die Entlassung bedeutete trotz der in Aussicht gestellten Abfindungen und Pensionsleistungen für einen zu jener Zeit 48-jährigen Spitzenfunktionär des DHV einen dramatischen Karriereeinbruch, ohne dass eine realistische Chance bestand, beruflich und politisch Alternativen finden zu können. Ausschlaggebend für Gerigs Möglichkeit, die zugesagten Gehaltszahlungen und Pensionsleistungen auch tatsächlich vom DHV und der DAF zu erhalten, wurde die Absetzung Miltzows und dessen Ersetzung durch August Haid. Mit Schreiben vom 30. August 1933 hob August Haid im Namen des Deutschen Handlungsgelhilfenverbandes und im Auftrag der DAF die Kündigungs-, Abfindungs- und

56 Das Interesse Gerigs, zunächst ein Landtagsmandat zu erlangen und damit die Grundlage für ein erstrebtes Reichstagsmandat zu schaffen, wurde vom DHV anfangs skeptisch und ablehnend beurteilt, weil nach dessen Ansicht bei den Parlamenten der Länder keine verbandsrelevanten Entscheidungskompetenzen lagen. In einem Schreiben des DHV, gez. Christian Krauß, an Gerig vom 28.1.1921 wurde diese Position dargestellt und darüber hinaus Gerig mehr oder weniger deutlich die Einbuße an Verbandsunterstützung angedroht, wenn er weiterhin zunächst ein Landtagsmandat anstreben würde – was Gerig allerdings weiterhin tat und was den DHV kurze Zeit später nicht davon abhielt, ihn als Gau-Geschäftsführer einzustellen, in: ACDP 01-087-001/1, NL Otto Gerig.

57 Gerig wurde am 28.5.1923, in der 1. Wahlperiode, als Nachfolger des am 18.5.1923 verstorbenen Wilhelm Busch erstmals Mitglied des Reichstages. In den folgenden Reichstagswahlen bis einschließlich der Märzwahl von 1933 wurde er regelmäßig wiedergewählt. – Der DHV versuchte Anfang der zwanziger Jahre Einfluss auf das Zentrum zu nehmen, damit eine Kandidatur Gerigs zustande kam und unterstützte im weiteren Verlauf Gerigs Reichstagsaktivitäten finanziell und organisatorisch.

58 Vgl. Dietmar PETZINA/Werner ABELSHAUSER/Anselm FAUST, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945* (Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, 3), München 1978, S. 100.

59 Schreiben Hermann Miltzow, DHV, an Otto Gerig, 25.6.1933, in: ACDP 01-087-001/1: „Wir kündigen Ihnen hiermit Ihre Stellung als Angestellter des Verbandes. Sie erhalten unter Berücksichtigung des Kündigungsschutzes Ihr Gehalt in der heutigen Höhe weiter bis zum 30.6.1934. Von da ab zahlen wir Ihnen auf Grund und unter den Bedingungen des § 11 der „Wohlfahrtseinrichtung des DHV für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung seiner Angestellten (sowie sie bis zum 31.12.1912 in den Dienste des Verbandes getreten sind) vom 1.–31.12.1912 ein Ruhegeld von monatlich M. 322,- (i. B. RM Dreihundertzweiundzwanzig) unter Zugrundelegung eines Grundgehaltes von M. 1250,-.“

Pensionsregelungen auf. Die von Haid dargebotene Begründung produzierte eine Argumentation, die vom DHV in den nächsten Jahren gegenüber anderen Leistungsforderungen in Variationen immer wieder angewandt wurde. Nach dem Hinweis auf die angeblich völlig zerrütteten Finanzverhältnisse des „alten“ DHV wurden denjenigen, denen hierfür die Verantwortung zugewiesen wurde, sämtliche Leistungen gesperrt und in Zweifel gezogen, ob überhaupt eine Zahlungsverpflichtung für den Deutschen Handlungsgehilfenverband bestehe:⁶⁰ „Die Geschäftsführung und die Art, wie mit den Spargeldern und mit den Beiträgen der Mitglieder des alten Verbandes umgegangen wurde, veranlaßt die Deutsche Arbeitsfront, Anweisung zu geben, daß sämtliche Gehälter und Pensionen der alten Verwaltungsmitglieder und damit auch Ihre Bezüge gesperrt werden. Sie haben also Ihr Verhältnis zum alten Verband mit dessen Auflösung am 30. Juni 1933 als gelöst zu betrachten. Der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband lehnt es ab, Verpflichtungen zu übernehmen, die aus Ihrem Vertragsverhältnis mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband entstanden sind.“

Als eingesetzter Verbandsvorsteher exekutierte August Haid Weisungen der DAF. Die fehlende Entscheidungsfreiheit des DHV kommt in einem Passus des Schreibens zum Ausdruck, in dem Haid „mit Rücksicht auf die soziale Lage des Einzelnen“ eine begrenzte „Unterstützung“ in Aussicht stellte. Auch diese Entscheidung konnten weder Haid noch der DHV treffen, sondern müssten „noch mit dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, dessen Genehmigung hierzu notwendig ist, besprochen werden“.

Eine materielle Entschädigung konnte Otto Gerig in den nächsten Monaten nicht erreichen, auch wenn er gegen die Zahlungseinstellung des DHV seine prekäre soziale Situation als Vater von vier Kindern anführte, der zudem noch Erziehungsbeihilfen für Kinder seiner „gefallenen und an den Kriegsfolgen gestorbenen Brüder“ leistete.⁶¹ Erst Mitte November erhielt Gerig auf seine Einsprüche eine abweisende Antwort von Haid. Allerdings ergänzte Haid seine bisherige Begründung, die auf die vermeintliche Misswirtschaft der ehemaligen Verbandsleitung abstellte, durch Hinweise auf die gegen die NS-Bewegung gerichteten politischen Aktivitäten des DHV und die damit verbundene Zweckentfremdung von DHV-Geldern:⁶² „Aber nicht nur die Finanzpolitik des alten Verbandes und die dem neuen Verband hinterlassenen Schulden sind für meine Stellungnahme maßgebend, sondern auch der Umstand, daß die alte Verwaltung Unsummen ausgegeben hat für parteipolitische Zwecke und für den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung und damit gegen das

60 Schreiben DHV, August Haid, an Otto Gerig vom 30.8.1933, in: ACDP 01-087-001/1.

61 Abschrift der Schreiben von Otto Gerig an August Haid, DHV, vom 10.9.1933 und 15.11.1933, ebd.

62 Abschrift des Schreibens von August Haid, DHV, an Otto Gerig vom 16.11.1933, ebd.

heutige nationalsozialistische Deutschland. Aus der alten Satzung geht klar und eindeutig hervor, daß der Verband parteipolitisch neutral sein müsse und daß er die Aufgabe habe, für die sozialen und wirtschaftlichen Belange der deutschen Kaufmannsgehilfen einzutreten. Gegen diese Satzungsbestimmungen hat die alte Verwaltung verstoßen und sie hat damit das Recht verwirkt, an den neuen Verband irgendwelche Ansprüche zu stellen.“

Auf ein sehr unbestimmtes Angebot von Haid – „im Einvernehmen mit Pg. Dr. Ley, dem Führer der Deutschen Arbeitsfront“ –, „ohne Anerkennung von Rechtsansprüchen den alten Verwaltungsmitgliedern Lebensunterhaltungszuschüsse so lange zu bezahlen, bis sie sich wieder eine neue Existenz geschaffen haben“, wollte Gerig sich nicht einlassen. Statt dessen zog er es vor, mit Hilfe der Rechtsanwälte Dr. Heinz Johlen und Dr. Adolf Süsterhenn die ihm von Miltzow zugestanden Ansprüche erneut vom DHV einzufordern.⁶³ Haid wies auch die mit Hilfe der Rechtsanwälte erhobenen Forderungen gegen den DHV ab.⁶⁴

Erst das ab Januar 1934 von Otto Gerig angestrebte Verfahren gegen den DHV vor der Kammer für Streitigkeiten der Angestellten des Hamburger Arbeitsgerichts⁶⁵ führte am 5. April 1934 zu einem außergerichtlichen Vergleich. Otto Gerig akzeptierte, dass er (1) ein Gehalt von 700,- RM monatlich für die Zeit vom 1. August 1933 bis 31. Dezember 1934 und (2) zur Abgeltung von Pensionsansprüchen vom 1. Januar 1935 bis 30. Juni 1936 monatliche Zahlungen in Höhe von 300,- RM erhalten sollte, womit sämtliche Gehaltsansprüche abgegolten sein sollten.⁶⁶

Ob dieser Vergleich vom DHV tatsächlich erfüllt wurde, lässt sich aus dem Nachlass von Otto Gerig nicht ersehen. Martin Schumacher erwähnt in seinem biographischen Handbuch zu den Reichstagsabgeordneten eine schriftliche Auskunft von Hanna Gerig, in der sie mitteilte, dass eine „Pensionszusicherung in Höhe von 700 RM“ im Klageweg erstritten wurde, aber „nicht zur

63 Vgl. den Hinweis auf ein entsprechendes Schreiben in der Abschrift des Schreibens von August Haid, DHV, vom 29.12.1933 [in der Abschrift irrtümlich mit 29.12.1934 datiert], in: ACDP 01-087-001/1.

64 Es verdeutlicht die Beliebigkeit und Willkürlichkeit der Argumente, wenn Haid in seiner Antwort (Schreiben vom 29.12.1933, in: ACDP 01-087-001/1) nunmehr auch meinte, Gerigs Rechtsansprüche aufgrund von Miltzows Schreiben vom 25.6.1933 seien schon deshalb ungerechtfertigt, weil Miltzow nicht die satzungsmäßig notwendige „Zustimmung der übrigen Verwaltungsmitglieder (...) eingeholt“ hätte.

65 Vgl. die Mitteilung im Schreiben von Otto Gerig an Max Hegewald vom 17.1.1934, in: ACDP 01-087-001/1.

66 Vgl. Vergleich vom 5.4.1934 sowie Schreiben des DHV an Gerig, 10.4.1934, ebd.

Auszahlung kam“; Otto Gerig erhielt daher nur eine monatliche Arbeitslosenunterstützung von 54 RM.⁶⁷

Hanna Gerigs rückblickende Schilderung der Lebensumstände der dreißiger Jahre (undatiert, vermutlich 1945 oder 1946)⁶⁸ zeichnet eine eher dramatische finanzielle Situation der Familie. Sie war in den ersten Jahren dadurch bestimmt, dass Otto Gerig als „politisch unzuverlässig“ eingestuft und für jede Tätigkeit gesperrt wurde. Hausdurchsuchungen und Überwachungen durch die Gestapo traten hinzu, so dass auch Unterstützungen aus dem kirchlichen Umfeld Gerig in den ersten Jahren nicht zu einer noch so bescheidenen Arbeitsstelle verhelfen konnten. Und „da er es ablehnte, in die Arbeitsfront einzutreten, war jedes Bemühen, eine neue Beschäftigung zu finden, vergeblich.“⁶⁹ Erst 1937 erhielt Otto Gerig aufgrund eines Gesetzes zum Schutz älterer Angestellter eine Anstellung als Leiter der Werkzeugabteilung bei den Kölner Ford Werken, allerdings zu einem untertariflichen Gehalt (295,- RM im Monat), was der vielköpfigen Familie ein bescheidenes Auskommen sicherte.

Trotz politischer Verfolgung und sozialer Diskriminierung blieben Hanna und Otto Gerig in den dreißiger und vierziger Jahren im Umfeld eines oppositionellen katholischen Milieus verwurzelt, das sich um das Kölner Ketteler-Haus mit Bernhard Letterhaus, Joseph Joos, Otto Müller und Nikolaus Groß im Mittelpunkt gruppierte.⁷⁰ Aufgrund seiner früheren Funktionen als Gewerkschafter und als Zentrumsabgeordneter, verbunden mit der aufrechterhaltenen Ablehnung des NS-Regimes und sicherlich aufgrund der – nicht unzutreffenden – Vermutung, dass Gerig auch weiterhin Kontakte zu politischen Weggefährten aus der Weimarer Republik unterhielt, wurde er am 23. August 1944 im Verlauf der Aktion „Gewitter“ nach dem gescheiterten Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet. Vom Gestapo-Gefängnis in Köln wurde Gerig in das Arbeitserziehungslager in den Messehallen Köln-Deutz verbracht. Trotz intensiver Bemühungen der Familie und des Freundeskreises gelang es nicht, seine Entlassung zu erreichen, bevor Otto Gerig am 16. September 1944 in einem zweitägigen Transport nach Buchenwald verlegt wurde. Geschwächt von den Strapazen des Transportes und den Belastungen der Inhaftierung starb Otto Gerig am 3. Oktober 1944 im Konzentrationslager Buchenwald.

67 Martin SCHUMACHER (Hg.), *M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, 3. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 439.

68 Hanna GERIG, *Mein Mann* (undatiert, maschinenschriftl. Ms.), in: ACDP 01-087-002/3.

69 Clemens SIEBLER, *Otto Gerig*, in: *Badische Biographien*. Neue Folge. Band II, hg. von Bernd OTTNAD, Stuttgart 1987, S. 97f., hier S. 98.

70 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, S. 220.

Max Habermann

Max Habermann⁷¹ nahm sich, nachdem er von der Gestapo verhaftet worden war, am 30. Oktober 1944 das Leben, „um nicht diejenigen zu verraten, die ihm Hilfe und Obdach gegeben hatten“.⁷² Seit 1935 gehörte er zum sogenannten Leuschner-Kaiser-Kreis, der mit Verbindungen zu Goerdeler Konzeptionen für einen Neuaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des NS-Regimes erarbeitet hatte. Nach dem am 20. Juli 1944 gescheiterten Attentat auf Hitler war Habermann zunächst untergetaucht.

Nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV war Max Habermann anfangs bemüht gewesen, seine Rehabilitierung zu erreichen. Er stand dem NS-Regime keineswegs ablehnend gegenüber, vielmehr sah er in ihm, wie seine DHV-Geschichte erkennen lässt, den gegen die Weimarer Republik gerichteten, von ihm erhofften und erstrebten politischen Neuanfang, für den er schon vor 1933 eine Bündnis zwischen Brüning und Hitler zu vermitteln versucht hatte. Die Abgrenzung gegenüber politischen Positionen, die Habermann im und mit dem DHV zu vertreten versuchte und für die ihm vom NS-Regimes der organisatorische Boden entzogen wurde, umreißt eine Bemerkung August Haid in seinem Artikel zum „Umbruch“ im DHV:⁷³ „Wir alle kennen den Habermannschen Geist, der sich in den letzten Jahren so unglücklich für die deutsche Kaufmannsgehilfenbewegung ausgewirkt hat. Wir alle wissen, daß auch gegen den Willen einzelner Mitglieder der alten Verwaltung durch Max Habermann (...) statt unbedingt nationalen Geist sich internationale Gedanken im Sinne des Zentrums und der Leute um Kaas und Brüning eingeschlichen haben.“ Die Verbandspolitik Habermanns sah Haid darauf gerichtet, „die Nationalsozialisten innerhalb des Verbandes mit Ausnahme einiger weniger, die man als ‚Verbindungsmänner zur Partei‘ brauchte“, kaltzustellen, und folgerte daraus: „Zukünftig ist die Führung nationalsozialistisch, und Aufgabe dieser Führung ist es, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß der unselige Geist jener Männer verschwindet, die Max Habermann heute noch seine Freunde nennt“, und er charakterisiert sie als „getarnte[n] Gegner des Nationalsozialismus in unserer Bewegung“.⁷⁴

Angesichts dieser Gegnerschaft verwundert es nicht, dass von Seiten der nationalsozialistischen DHV-Führung neben dem Hausverbot für Max Habermann auch eine Kontaktsperre für DHV-Mitarbeiter verhängt wurde. Über die sozialen Auswirkungen dieser Kontaktsperre berichtete Habermann in einem Brief an Erich Guido Kolbenheyer vom 12. Juli 1933: „... allen Angestellten

71 Vgl. zum folgenden Peter RÜTTERS, *Max Habermann und der „Führerkreis“ der Gewerkschaften*, in: *IWK* 37 (2001), H. 2, S. 201–211.

72 Annedore LEBER (Hg.): *Das Gewissen steht auf*, Mainz 1984, S. 102.

73 *DHW* 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

74 EBD.

des DHV ist offenbar unter Androhung der Entlassung jeder Verkehr mit mir verboten. Da sich seit 28 Jahren mein ganzer menschlicher Verkehr im Rahmen meines Arbeitskreises abspielt, trifft dieses Verbot so ungefähr alle Menschen, die mir irgendwie wichtig sind.“⁷⁵

Auch ehemals von Habermann geförderte Mitarbeiter im DHV-Verlag Hanseatische Verlagsanstalt (HAVA) waren offensichtlich „sorgsam darauf bedacht, den Anschein politischer Kontakte zu Habermann zu meiden“.⁷⁶ Ausführlich schilderte Wilhelm Stapel in einem Brief an Kolbenheyer (20. November 1934) die ihm peinliche Begegnung mit Habermann und verdeutlicht mit seiner Schilderung zugleich die sozialen Mechanismen von Ausgrenzungen: „Mit Ziegler⁷⁷ hatte ich mich für gestern nachmittag in der Teestube des Café Vaterland verabredet. Wie ich hinkomme, sitzt Habermann dort. Ich konnte billigerweise nicht an ihm vorüber. Auch der nachher kommende Ziegler mußte sich zu uns setzen. Mir schadet's ja nicht. Aber wenn jemand Herrn Haid hinterbringt, Ziegler sei mit Habermann zusammen gesessen, so hat Ziegler wieder gegen neu aufbrechendes Mißtrauen zu kämpfen. Habermann weiß das doch. Ich hoffte, er würde gleich gehen. Aber nein, er blieb ... Er war offenbar glücklich, Gesellschaft zu haben. Ich kann das ja verstehen. Aber – hoffentlich hat es niemand beobachtet. Hätten wir gewußt, daß Habermann dort ist, wir wären nicht in das Lokal gegangen. Wozu die zwecklosen Gefährdungen! So gerät man in das Dilemma zwischen menschlicher Höflichkeit und Werkfürsorge.“⁷⁸

Max Habermanns finanzielle Abfindung für seinen Ausschluss aus dem DHV scheint Grenzen gehabt zu haben. So sorgte sich der HAVA-Leiter Benno Ziegler Anfang 1936, dass, nachdem den DHV-Funktionären Max Habermann und Christian Krauß die Mittel ausgegangen waren, sich „beide (...) an ihn klammern und Stellung im Verlag erbitten werden“.⁷⁹ Habermann konnte in der Firma des ehemaligen DHV-Funktionärs Karl Bott, der auch im April 1933 als Mitglied der Verwaltung abgesetzt worden war, unterkommen.

⁷⁵ Zit. n. LOKATIS (wie Anm. 41).

⁷⁶ EBD. S. 173.

⁷⁷ Es handelt sich um Benno Ziegler, seit 1931 Leiter der Hanseatischen Verlagsanstalt, der im April 1933 anstelle von Karl Bott in die Verwaltung des DHV berufen wurde.

⁷⁸ LOKATIS (wie Anm. 41), S. 173, Anm. 94. – Vgl. Albert KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 38: Krebs, der sich 1933 auch mit der Forderung konfrontiert sah, eine Erklärung abzugeben, dass er „mit Herrn Habermann weder in Verbindung stehe noch jemals eine Verbindung wieder aufzunehmen gedächte“, reagierte nach seiner eigenen Schilderung in der Weise, dass er erklärte, „daß unsere Familien seit Jahren befreundet seien“ und er „an eine Lösung dieses Verhältnisses nicht denke“. Weiter erwähnt Krebs: „Man nahm diese Erklärung hin; man nahm auch die Tatsache weiterer Besuche hin, die von den vor Habermanns Haus in Hamburg-Rahlstedt postierten Aufpassern sicher gemeldet wurden“.

⁷⁹ Stapel an Kolbenheyer, 5.1.1936, zitiert nach LOKATIS (wie Anm. 41), S. 173.

Zu einer politischen Neuorientierung kam Habermann erst, folgt man den Angaben in Annedore Lebers ‚Das Gewissen steht auf‘, „als er in den Maßnahmen vom 30. Juni 1934 die Manifestation des Gewaltstaates erkannte“.⁸⁰ Nach Angaben von Elfriede Nebgen nahm Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser auf und beteiligte sich ab 1936 an den Diskussionen und Planungen von Leuschner und Kaiser.⁸¹

Was machte nun Max Habermann zu einem Kooperationspartner von Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner? Und wie weit gingen Habermanns gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Vorstellungen in die vom Leuschner-Kreis vertretenen Konzeptionen für ein Deutschland „nach Hitler“ ein? – Eine fundierte Antwort auf diese Frage scheint angesichts fehlender Vorstudien und einer dürftigen Quellenlage zur Zeit nicht möglich. Doch war Habermann keineswegs ohne Einfluss in dieser Gruppe. Darauf verweist nicht zuletzt die Personalplanung für die „Deutsche Gewerkschaft“, die die DAF nach Überwindung des NS-Regimes ersetzen sollte. Habermann war nach den Angaben im Kaltenbrunner-Bericht als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vorgesehen. In der Reichsleitung dieser mit Zwangsmitgliedschaft ausgestatteten Organisation sollte er für drei Abteilungen verantwortlich sein: Finanzen, Angestelltenfragen sowie Schulung und Bildung.⁸²

Welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat Max Habermann? Und waren diese mit Leuschners Vorstellungen über eine Neuordnung nach Hitler vereinbar?

In „Stand und Staat“⁸³, einer programmatischen Schrift von 1931, entwickelt Habermann ein gegen die „Massendemokratie“ der Weimarer Republik, gegen Parteien und Parlamentarismus gerichtetes organizistisches Gesellschafts- und Staatsverständnis.⁸⁴ In dessen Mittelpunkt stehen als „Organe einer natürlichen Volksordnung (...) die Stände, in die das soziale Leben der Nation gespannt“ sei.⁸⁵ Eine in Stände gegliederte Gesellschaft bedurfte bei Habermann eines starken Staates, der die Stände „in seine Zucht nehmen

80 LEBER (wie Anm. 72), S. 100.

81 Vgl. NEBGEN (wie Anm. 3), S. 50ff.

82 Vgl. Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), „Spiegelbild einer Verschwörung“. *Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, Bd. 1, Stuttgart 1984, S. 383–386.

83 Max HABERMANN, (wie Anm. 10); DERS., *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Februar 1934. – Diese DHV-Geschichte ist der Versuch einer Loyalitätserklärung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, indem die Gemeinsamkeit zwischen DHV und NS-Bewegung hervorgehoben und zugleich ein als zwangsläufig gedeutetes Scheitern des DHV begründet wird. Zu „Stand und Staat“ vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 246ff.

84 In seiner DHV-Geschichte (S. 20) pointiert Habermann diese Position dahin: „Aus den vielen Zeugnissen des DHV von 1919 bis 1933 läßt sich seine Geringschätzung des demokratischen Parteienregiments beweisen.“

85 HABERMANN (wie Anm. 10), S. 8.

kann“. Ziel dieser Konstruktion sollte es sein, „aus dem Massenvolk der Zivilisation ein Staatsvolk zu machen, indem alle Kräfte letzten Endes hingeführt werden auf das eine Ziel: Größe und Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Staates.“⁸⁶

Eingebettet war diese antiparlamentarische Konzeption eines Beziehungsgefüges von Stand – Staat – Volk – Nation in eine gegen die Moderne gerichtete Zivilisationskritik und verbunden mit einem „völkisch-kulturellen Antisemitismus“.⁸⁷ Die freien Gewerkschaften wurden unter dem Einfluss eines „artfremden Literatentum[s]“ gesehen, während für den DHV hervorgehoben wurde, dass er sich „ohne den Beistand eines artfremden Lehrgebäudes und ohne jüdisches Ressentiment“ habe entwickeln können.⁸⁸ Zu noch drastischeren Formulierungen fand Habermann in seiner DHV-Geschichte, in der er hervorhob, dass die sozialistische Angestelltenbewegung nach dem Weltkrieg „unter die Fuchtel des (...) Juden Aufhäuser“ geriete.⁸⁹ Mit solchen Vorstellungen sah Habermann im Februar 1933 „die freien Gewerkschaften am Scheidewege: Leipart oder Aufhäuser“⁹⁰.

Zweifelhaft ist, ob Max Habermann diese Positionen in der Zusammenarbeit mit Leuschner und Kaiser aufgegeben hat.⁹¹ Anzunehmen ist, dass Leuschner die Leipart-Variante des „Scheidewegs“ von 1933 vertrat. Vorstellbar ist auch, dass Ausgangspunkt und Grundlage der Zusammenarbeit die Vereinbarung des „Führerkreises“ von April 1933 war, auch wenn in dieser Erklärung die Elemente überwiegen, die, so Gerhard Beier, „den Text zu einem Dokument der freiwilligen Gleichschaltung und limitierten Unterwerfung“ machen⁹². Forderungen nach: parteipolitischer Ungebundenheit der Einheitsge-

86 EBD. S. 30.

87 Zur Form des Antisemitismus des DHV in der Weimarer Republik vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 157–167, Zitat S. 165; auch Heinrich August WINKLER, *Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus als „Blitzableiter“*, in: Wolfgang BENZ/Werner BERGMANN (Hg.), *Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus*, Bonn 1997, S. 341–362, hier S. 354f.

88 HABERMANN (wie Anm. 10), S. 19.

89 HABERMANN, *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband* (wie Anm. 83), S. 12, 53. – In dieser Publikation finden sich eine Vielzahl antisemitischer Formulierungen, mit denen Habermann den DHV bewusst in die Nähe der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen bemüht war.

90 HABERMANN, „*Reichskanzler Adolf Hitler*“, in: DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933, S. 30.

91 Wie wenig sich Max Habermann auch während der NS-Zeit von der völkisch-nationalistischen Ideologie, die er jahrzehntelang mit vertreten und propagiert hatte und die er 1933/34 im Nationalsozialismus verwirklicht glaubte, entfernt hatte, mag vielleicht ein biographisches Detail illustrieren. In seiner Habermann-Biographie erwähnt Albert Krebs, dass Habermann zwei seiner Söhne auf einer „Napola“ erziehen ließ. Vgl. KREBS, *Max Habermann* (wie Anm. 39), S. 75.

92 Gerhard BEIER, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*, Frankfurt/M. 1975, S. 41; mit etwas anderer Akzentuierung DERS., *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften*

werkschaft, Unterordnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unter das Ziel der „Förderung eines gesunden Staates und Volkes“, Anerkennung der christlichen Grundlagen von Gesellschaft und Staat waren Kernpunkte⁹³ der Führerkreis-Vereinbarung, die Kaiser und Leuschner im April 1933 mitgetragen hatten und die für Max Habermann Mitte der dreißiger Jahre akzeptabel gewesen sein könnten, zumal sie nicht sehr weit von seinen Ausführungen in „Stand und Staat“ entfernt waren.

Hans Mommsen hat im Hinblick auf die von Leuschner vertretenen Vorstellungen einer Einheitsgewerkschaft als „Auffangorganisation für die Deutsche Arbeitsfront“ bereits festgestellt: „Leuschner scheint (...) ernsthaft den Gedanken verfolgt zu haben, der Gewerkschaft in der neuen staatlichen Ordnung eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen und auf eine politische Parteibildung zu verzichten.“⁹⁴ Anscheinend war Leuschner auch gegenüber Vorstellungen, die „in Richtung eines demokratischen Ständestaates“ gingen, aufgeschlossen.⁹⁵ Derartige Vorstellungen stehen keineswegs konträr zu Habermanns Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie und zu dessen Vorstellungen zu „Stand und Staat“. Sie können sogar Eckpunkte einer gewerkschaftspolitischen Konzeption und eines gemeinsamen Gesellschafts- und Verfassungsverständnisses gewesen sein, das sich von der Parteiendemokratie der Weimarer Republik ebenso distanzierte, wie es von der späteren Konzeption des Grundgesetzes entfernt war.

Fazit

Die vermutete Nähe zwischen DHV und Nationalsozialismus – das „Blut vom Blute“, wie es Max Habermann 1934 affirmativ ausdrückte – erweist sich bei näherer Betrachtung als Konstruktion. Die Beziehung zwischen dem Handlungsgehilfenverband und der NSDAP weist erhebliche Differenzen und Konflikte auf. Die ideologische Nähe beider Organisationen, die sich u. a. in nationalistischer und antisemitischer Rhetorik und in antiparlamentarischer Propaganda äußerte, schien die Grundlage für eine Kooperation bilden zu können. Doch kam auf dieser Basis keine kontinuierliche Zusammenarbeit zustande, abgesehen von einer (mitunter langjährigen) Unterstützung einiger DHV-Funktionäre, die als NSDAP-Mitglieder ein politisches Mandat anstrebten und

1933–1945, Köln 1981, S. 23; ferner Willy BUSCHAK, „Arbeiten im kleinsten Zirkel“. *Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 41.

93 Das Dokument in: Peter JAHN (Bearb.), *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933* (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4), Köln 1988, S. 909–911.

94 Hans MOMMSEN, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: Hermann GRAML (Hg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt/M. 1994, S. 14–91, hier S. 77.

95 EBD. S. 78.

die die Politik der „Querverbindung“ des DHV insbesondere im Reichstag unterstützen sollten.

Trotz manch radikaler nationalistischer und antisemitischer Rhetorik war der DHV eine etablierte Standesorganisation männlicher kaufmännischen Angestellten, die sich in der Weimarer Republik (auch im Eigenverständnis) zu einer Gewerkschaft entwickelte, Tarifpolitik und staatliche Schlichtung als unverzichtbare Mittel der Interessenvertretung ansah und anerkannt wissen wollte. Der DHV war in der Weimarer Republik ein mitgliederstarker Verband, der erfolgreiche Selbsthilfeeinrichtungen unterhielt und über ein verzweigtes Netz von Nebenorganisationen und Unternehmensbeteiligungen verfügte. Die Spitzenfunktionäre des DHV zeigten sich daher gegen Ende der Weimarer Republik keineswegs bereit, ihre etablierte Organisation der jungen NS-Bewegung mit ihrer radikalen Rhetorik, ihrem gewalttätigen Auftreten und ihrer politischen Unkalkulierbarkeit vorbehaltlos anzuschließen und den Weisungen der Parteiführung unterzuordnen.

Die Differenzen des DHV und seiner Spitzenfunktionäre wie Hans Bechly und Max Habermann zur NSDAP bestanden: (1) im organisatorischen Selbstverständnis als gewerkschaftliche Interessenorganisation, deren Anerkennung und Garantie der DHV wiederholt, wenn auch erfolglos, meinte von der NSDAP fordern zu können, (2) aufgrund des breiteren politischen Spektrums zwischen Zentrum und NSDAP, das von den Mitgliedern und Funktionären des DHV vertreten wurde und das sich auch gegen Ende der Weimarer Republik nicht konfliktfrei auf die Politik der NSDAP reduzieren ließ, (3) aufgrund politischer Angriffe, organisatorischer Instrumentalisierungsversuche und personeller Unterwanderungsbemühungen durch die NSDAP und ihre Nebenorganisationen, die vom DHV als Angriff auf die organisatorische Selbstbestimmung abgewehrt wurden, (4) aber auch hinsichtlich der politischen Praxis einer auch vom DHV geforderten „nationalen Erneuerung“ in Deutschland. Bei aller radikalen Rhetorik gegen die Weimarer Demokratie, die insbesondere darauf gerichtet war, den politischen Einfluss von Sozialdemokraten und Kommunisten auszuschalten, hatte der Verband doch einen pragmatischen Umgang mit den Institutionen der Republik gelernt. Darauf glaubten die DHV-Spitzenfunktionäre letztlich auch die NSDAP verpflichten zu können, nach Möglichkeit in einem Bündnis mit dem Zentrum und in der Form einer ‚autoritären Demokratie‘ Brüning'scher Präsidialkabinette.

Nicht zuletzt war es diese Ambivalenz in den Beziehungen des DHV zur NSDAP, verbunden mit einem übersteigerten Selbstverständnis, dass der DHV „die nationale Bewegung der Dauer“ sei, im Gegensatz zu Parteien, „die aufsteigen und wieder vergehen“ (Bechly), die dazu führte, dass die Spitzenfunktionäre des Handlungsgehilfen-Verbandes den totalitären Charakter der NSDAP verkannten. Deren Machtanspruch aber konnte weder autonome Massenorganisationen noch konkurrierende Deutungsinstanzen für ein „neues

Deutschland“ neben sich dulden. Die aus dieser Differenz resultierende politische und soziale Ausgrenzung führender DHV-Funktionäre durch das NS-Regime im Zuge der Gleichschaltung war daher nur konsequent und bildete schließlich bei einigen von ihnen den Ausgangspunkt für Resistenz gegenüber dem NS-Regime und für die Beteiligung am politischen Widerstand.